Anlage 1
Fortführung befristeter Stellen

Stellen-Nr.	TB	Funktionsbezeichnung *Erläuterung*	Entgelt-/ Besoldungs-gruppe	bisheriger Fristvermerk	Änderung

Geschäftsbereich OBM

Bürgermeisteramt

Seit 01.01.2019 wird die Stelle Nr. 001.0114 durch Mittel des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales als Projektstelle „Nürnberger Präventionsnetzwerk gegen religiös begründete Radikalisierung“ finanziert.
*Neben der Administration des Netzwerks und der originären Präventions- und Beratungsarbeit hat das Projekt große Akzeptanz bei den Dialogpartner*innen in den Nürnberger Moscheegemeinden erworben. Die Projektstelle fungiert für die Stadtspitze u.a. als Ansprechpartnerin für alle Fragen der Zusammenarbeit mit den muslimischen Gemeinden.*
Das Projekt soll nach mündlicher Zusage des StMAS auch in 2027 fortgeführt werden. Die notwendigen Eigenmittel werden aus Spenden finanziert.

Die Fristverlängerung wird befürwortet, die weitere Besetzung der Stelle hängt von der tatsächlichen Erteilung eines Verlängerungsbescheides ab sowie von der Bestätigung der vorhandenen Mitteldeckung durch die Stadtkämmerei.

001.0114	1,00	Sachbearbeiter/in	E 10	F 12.26	F 12.27

Im Rahmen der städtischen Aktivitäten zur Erinnerungskultur befinden sich derzeit verschiedene Maßnahmen in Umsetzung: Neben dem Projekt zur Entwicklung der Kongresshalle zu einem internationalen Kultur- und Erinnerungsraum (Ermöglichungsräume), wird das Großprojekt Instandsetzung Zeppelinfeld und Zeppelintribüne mit den angrenzenden Erinnerungsorten (Bahnhöfe Dutzendteich und Märzfeld) und deren Entwicklung zum Lern- und Begegnungsort realisiert.
Beantragt wurde die Verlängerung der befristeten Stellen des Stab ZEP, der ursprünglich 2019 für das Projekt Zeppelintribüne und Zeppelinfeld eingerichtet wurde und mittlerweile zusätzliche Aufgaben zur Projektentwicklung übernommen hat. Hierzu gehören u.a. die Koordination und Bewerbung des mit der Deutschen Bahn AG vereinbarten Projektes zur Etablierung eines Erinnerungsortes am früheren Bahnhof Märzfeld, wie auch die Konzeption und Umsetzungsplanung der Ermöglichungsräume in der Kongresshalle sowie die Kuratie und Umsetzung der Veranstaltungsreihe im dortigen Segment #1 bzw. nun Segment #16.
Die zur Verlängerung beantragten Stellen sind für die weitere Wahrnehmung der Aufgaben im bisherigen Umfang erforderlich. Es wird empfohlen, die derzeit bis Ende 2026 befristeten Stellen zunächst bis Dezember 2028 zu verlängern. Über einen darüber hinausgehenden Bedarf kann dann neu entschieden werden. Die unten genannten Stellennummern werden sich voraussichtlich zum 01.11.2026 ändern. Die neuen Stellennummern lauten dann:
- *Stelle Nr. 001.8115 – künftig Stelle Nr. 001.0532*
- *Stelle Nr. 001.8120 – künftig Stelle Nr. 001.0533*
- *Stelle Nr. 001.8125 – künftig Stelle Nr. 001.0534*

001.8115	0,70	Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	E 13	F 12.26	F 12.28
001.8120	1,00	Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	E 13	F 12.26	F 12.28
001.8125	0,50	Verwaltungskraft-kb	A 8	F 12.26	F 12.28

Rechtsamt

Die WBG KOMMUNAL wird auch in 2027 weiterhin Großbauprojekte für die Stadt Nürnberg durchführen. Den größten Aufwand wird die Maßnahme Neubau Neues Gymnasium verursachen, da sich der Neubau des Martin-Behaim-Gymnasiums in der Endphase befindet. Zur Abwicklung dieser und weiterer ÖÖP-Vergaben fragt die WBG KOMMUNAL GmbH die Dienstleistungen des Vergabemanagements Nürnberg (VMN) an. Das Vergabemanagement des Rechtsamts ist mit den Bauvergaben der Stadt und der Eigenbetriebe vollständig ausgelastet. Ohne die weitere Unterstützung durch die befristete Halbstelle ist der angekündigte Mehraufwand nicht zu bewältigen.
Beantragt wurde eine unbefristete Verlängerung. Die WBG KOMMUNAL hat die vollständige Finanzierung der Stelle für ein weiteres Jahr zugesichert. Die Verlängerung der Stelle wird analog zur vorliegenden Finanzierungsbestätigung bis Dezember 2027 (F 12.27) befürwortet. Der Stellenplanvermerk Z (Zuschuss) bleibt bestehen.

300.3195	0,50	Gutachter/in	E 12	F 12.26	F 12.27

Stellen-Nr.	TB	Funktionsbezeichnung *Erläuterung*	Entgelt-/ Besoldungs-gruppe	bisheriger Fristvermerk	Änderung

Museen der Stadt Nürnberg

Für die Neukonzeption der Dauerausstellung des Museums Industriekultur wurde zum Haushalt 2024 befristet für drei Jahre eine Stelle „Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in, Ausstellungskurator/in" im Umfang von 1,0 VK geschaffen. Aufgrund von Verzögerungen bei der baulichen Fertigstellung, bei der Besetzung der Stelle sowie aufgrund längerfristiger krankheitsbedingter Ausfälle im Museumsteam hat sich der Wiedereröffnungstermin auf derzeit Herbst 2027 verschoben.
Die Stelle verantwortet die inhaltliche Erarbeitung wesentlicher Bereiche der neuen Dauerausstellung und begleitet deren Umsetzung bis zur Eröffnung. Darüber hinaus übernimmt sie eine zentrale Schnittstellenfunktion zwischen dem Museum, den Ausstellungsgestaltern und weiteren Beteiligten. Auch nach der Eröffnung sind noch Nacharbeiten und dokumentarische Aufgaben zu leisten. Eine Übernahme dieser Aufgaben durch andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Museumsteams ist nicht möglich, da diese mit den von der Kurationsstelle verantworteten Themenbereichen inhaltlich nicht vertraut sind.
Die von der Dienststelle vorgeschlagene Finanzierung der Stellenverlängerung über die MiP-Maßnahme (1174) wurde von der Stadtkämmerei geprüft und akzeptiert.
Aus organisatorischer Sicht ist die Verlängerung der Stelle aufgrund der zeitlichen Verschiebung des Projekts und der weiterhin erforderlichen Aufgaben bis über die Wiedereröffnung hinaus nachvollziehbar. Die Verlängerung der Stelle wird daher empfohlen.

Die Stelle Nr. 410.5020 wird wie beantragt bis Ende 2027 verlängert und erhält den Fristvermerk F 12.27 und den Stellenvermerk Z (Zuschuss).

410.5020	1,00	WISS. MA./AUSSTELLUNGSKURATOR	E 13	F12.26	F12.27

Im Rahmen der städtischen Aktivitäten zur Erinnerungskultur befinden sich derzeit verschiedene Maßnahmen in Umsetzung. Hierzu gehört insbesondere das Großprojekt zur Instandsetzung des Zeppelinfeldes und der Zeppelintribüne einschließlich der angrenzenden Erinnerungsorte (Bahnhöfe Dutzendteich und Märzfeld).

Für diese neuen Einrichtungen am ehemaligen Reichsparteitagsgelände wird derzeit ein umfassendes Informations- und Vermittlungsangebot entwickelt.

Die zur Verlängerung beantragten, bis Ende 2026 befristeten Stellen waren schwerpunktmäßig mit der Konzeption der neuen Dauerausstellung im Dokumentationszentrum befasst und sind weiterhin mit deren Betreuung und Fortentwicklung betraut. Die dabei erworbenen fachlichen Kenntnisse und Erfahrungen können für die Entwicklung der neuen Einrichtungen am ehemaligen Reichsparteitagsgelände genutzt werden. Teilweise werden die Stellen bereits für die damit verbundenen Aufgaben eingesetzt.

Die Verlängerung bis Ende 2028 soll die Erfüllung der gegenüber den Fördergebern eingegangenen Verpflichtungen ermöglichen und den Übergang der neuen Einrichtungen in den laufenden Betrieb unterstützen.

Es wird empfohlen, die derzeit bis Ende 2026 befristeten Stellen Nr. 410.0020, 410.6130 und 410.6150 bis zum 31.12.2028 zu verlängern und mit dem Fristvermerk F 12.28 zu versehen. Über einen darüber hinausgehenden Bedarf kann dann neu entschieden werden.

410.0020	1,00	Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	E 13	F 12.26	F 12.28
410.6130	1,00	Museologe/in	E 9b	F 12.26	F 12.28
410.6150	1,00	Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	E 13	F 12.26	F 12.28

Stellen-Nr.	TB	Funktionsbezeichnung *Erläuterung*	Entgelt-/ Besoldungs-gruppe	bisheriger Fristvermerk	Änderung

Im Memorium Nürnberger Prozesse ist eine Erweiterung der Dauerausstellung geplant. Hierfür ist im Mittelfristigen Investitionsplan (MIP) eine entsprechende Maßnahme eingestellt (MIP Maßnahme Nr. 1123). Aufgrund der Haushaltssperre wurde die Durchführung der Maßnahme jedoch bis auf Weiteres gestoppt. Voraussetzung für die Weiterführung des Vorhabens ist das Wegfallen der Sperre für diese Maßnahme.

Die Stelle, deren Verlängerung hier beantragt wird, wurde zum Haushalt 2019 im Umfang von 0,5 VK geschaffen und ist derzeit bis Ende 2026 befristet. Sie übernimmt unterstützende Aufgaben im Bereich der Projektkoordination und -organisation, insbesondere für das Kuratorenteam und die Projektleitung.

Im Falle der Erweiterung der Dauerausstellung besteht ein entsprechender Bedarf an Projektunterstützung. Eine Verlängerung der Stelle bis zum geplanten Abschluss des Vorhabens Ende 2029 erscheint daher sachgerecht.
Da derzeit noch nicht abschließend feststeht, ob die MIP-Maßnahme begonnen und die Erweiterung damit realisiert werden kann, ist die Verlängerung zunächst mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Die Stelle Nr. 410.6250 erhält den Fristvermerk F 12.29 und einen Sperrvermerk X. Sobald die Durchführung der MIP-Maßnahme verbindlich feststeht, kann der Sperrvermerk X auf dem Verwaltungsweg entfernt werden.

410.6250	0,50	PROJEKTASSISTENT/IN-kb	A 8	12.26	12.29

Stadtarchiv

Der Verein für Geschichte der Stadt Nürnberg e.V. (VGN) finanziert beim Stadtarchiv seit 2020 eine Vollkraftstelle "Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in" zur Durchführung des Projekts Grundlagenforschung Nürnberger Häuserbuch. Die Stelle wurde analog zur zugesicherten Finanzierung bis Ende 2026 befristet. Da eine weitere Finanzierung durch den Verein für Geschichte der Stadt Nürnberg e.V. in Aussicht steht, wurde die Stelle zur Verlängerung beantragt.
Es wird empfohlen, die Stelle Nr. 412.2035 wie beantragt bis Ende 2027 zu verlängern und mit dem Fristvermerk F 12.27 zu versehen. Der vorhandene Zuschussvermerk Z bleibt bestehen. Bis zur abschließenden Klärung der Finanzierung erhält die Stelle einen Sperrvermerk X. Zur Entfernung des Sperrvermerks wird Av die entsprechende Finanzierung über Drittmittel nachweisen.

412.2035	1,00	Wissensch. Mitarbeiter/in	E 13	F 12.26	F 12.27

Amt für Kultur und Freizeit

Der Stab Kinderkultur konzipiert und organisiert vielfältige Formate kultureller Bildung sowie Kinderkulturveranstaltungen, darunter die Kindertheaterreihe und die KinderUni. Zum Haushalt 2016 wurden zusätzliche 0,13 VK für Planung, Organisation und Durchführung dieser Aktivitäten geschaffen – vollständig finanziert aus dem Paula-Maurer-Nachlass, der gezielt für Kinderkulturaktivitäten bereitgestellt wurde.
Da die 100%ige Drittmittelfinanzierung der Stelle für ein weiteres Jahr gesichert ist, wird die Verlängerung der Stellenkapazität vorgeschlagen. Die Stelle erhält den Fristvermerk F 12.27 und den Stellenvermerk Z (Zuschuss).

416.0061	0,13	Päd. Mitarbeiter/-in	E 9b	12.26	12.27

BildungsCampusNürnberg

Die Lern- und Sozialbetreuung für Integrationskurse und Berufssprachkurse ist aus gesellschaftspolitisch-integrativen Gründen weiterhin erforderlich, um die Chancen der zugewanderten Teilnehmenden zum Bestehen der Abschlussprüfungen der Kurse zu steigern. Daher wurde die Verlängerung der befristeten, drittmittelfinanzierten Stelle Nr. 420.3876 (Sozialpädagog/in) bis Ende 2030 beantragt.
Die Zusage für die weitere Drittmittelfinanzierung der Stelle liegt noch nicht vor. Daher wird eine Verlängerung zunächst nur bis Ende 2027 (Fristvermerk F 12.27) unter Anbringung eines Sperrvermerks X im vollen Umfang der Stelle empfohlen. Der Sperrvermerk kann entfernt werden, sobald BCN die entsprechende Finanzierung durch Drittmittel nachgewiesen hat. Der an der Stelle angebrachte Zuschussvermerk Z bleibt bestehen.

420.3876	1,00	Sozialpädagog/in	S 11b	F 12.26	F 12.27

Stellen-Nr.	TB	Funktionsbezeichnung *Erläuterung*	Entgelt-/ Besoldungs-gruppe	bisheriger Fristvermerk	Änderung

Ab dem 01.01.2023 wurde die Stelle für die Durchführung und verwaltungsmäßige Abwicklung von Frauenintegrationskursen von KuF zu BCN transferiert. Um die verwaltungsmäßige Organisation dieser Integrationskurse auch zukünftig zu gewährleisten, wurde die Fortführung der Stelle Nr. 420.3878 (Verwaltungsfachkraft) beantragt. Die Personalkosten sind komplett über Drittmittel des BAMF finanzierbar. Eine Verlagerung von Tätigkeiten dieses Bereichs auf andere Verwaltungsstellen im Team ist nicht möglich. Die aktuelle Zulassung zur Durchführung der Integrationskurse liegt bis Juni 2027 vor. Es wird davon ausgegangen, dass die Finanzierung auch künftig über Drittmittel des BAMF gewährleistet ist. Die Bewilligung der Zulassung und somit der Nachweis über die Finanzierung gehen voraussichtlich im Mai 2027 ein.
Beantragt wurde eine Verlängerung der Stelle bis Ende 2030. Da die Finanzierung der Stelle über Drittmittel aktuell nur bis Ende Juni 2027 gesichert ist, kann eine Verlängerung derzeit nur bis zu diesem Zeitpunkt befürwortet werden. Es wird empfohlen, die Stelle im vollen Umfang bis Ende Juni 2027 zu verlängern und mit einem Firstvermerk F 06.27 zu versehen. Der Zuschussvermerk Z bleibt bestehen.

420.3878	0,73	Verwaltungsfachkraft	E 7	F 12.26	F 06.27

Die drittmittelfinanzierte Stelle Nr. 420.3430 wurde 2023 für die Fortführung der Online-Kurse neben den Präsenzangeboten in der Abteilung Grundbildung beim Bildungscampus Nürnberg (BCN) befristet geschaffen. Zu den Haushalten 2024, 2025 und 2026 wurde die Befristung der Stelle analog zur Fortführung der Drittmittelfinanzierung jeweils um ein weiteres Jahr verlängert.
Von BCN wurde eine unbefristete Verlängerung beantragt. Für die Fortführung der Stelle im vollen Stellenumfang wird die Finanzierung durch Drittmittel von der Stadtkämmerei derzeit aber nur bis Ende 2027 anerkannt. Es kann daher nur eine Verlängerung der Stelle bis zu diesem Zeitpunkt (F 12.27) empfohlen werden. Der vorhandene Stellenvermerk Z (Zuschuss) bleibt bestehen.

420.3430	0,77	Kursplaner/in	E 9b	F 12.26	F 12.27

Geschäftsbereich 2. BM

Verkehrsplanungsamt

Die Stellen Nr. 615.1345 und 615.1355 wurden in den Haushaltsjahren 2012/2013 zur verkehrstechnischen Begleitung des Projekts „Kreuzungsfreier Ausbau Frankenschnellweg“ geschaffen. Im Rahmen dieses Großprojekts sind über mehrere Jahre hinweg komplexe Bau- und Verkehrsphasen mit umfangreichen Anpassungen an Lichtsignalanlagen und Verkehrssteuerungen zu planen, umzusetzen und zu begleiten. Die Fortführung des Projekts „Kreuzungsfreier Ausbau des Frankenschnellwegs“ wurde in dem kürzlich durchgeführten Bürgerentscheid bestätigt. Die Bauzeit ist auf etwa zehn Jahre ausgelegt.

Die Projektstellen zum Frankenschnellweg wurden in den letzten Haushaltsjahren einheitlich zum 31.12.2030 befristet. Dies ist auch für die beiden Planstellen zur verkehrstechnischen Begleitung zwingend erforderlich. Abhängig vom tatsächlichen Baufortschritt ist im Haushaltsjahr 2030 der notwendige Personalbedarf für die Projektdurchführung in seiner Gesamtheit neu zu prüfen.

615.1345	1,00	ELEKTROINGENIEUR/IN	E 12	F 12.27	F 12.30
615.1355	0,50	BAUINGENIEUR/IN FSW	E 12	F 12.27	F 12.30

Stellen-Nr.	TB	Funktionsbezeichnung *Erläuterung*	Entgelt-/ Besoldungs-gruppe	bisheriger Fristvermerk	Änderung

Geschäftsbereich 3. BM

Feuerwehr

Zum Haushalt 2021 wurde für den Stab Bauangelegenheiten jeweils eine halbe Stelle für Sachbearbeitung Bau und Technische Gebäudeausstattung geschaffen. Die Stellen wurden im Stellenplan zunächst mit einem Fristvermerk bis Dezember 2026 versehen.
Die bisherigen Projekterfahrungen sowie die laufenden und absehbaren Bauvorhaben zeigen, dass für die Bau-, Sanierungs- und Infrastrukturmaßnahmen vor dem Hintergrund der besonderen Anforderungen des Alarm- und Ausrückebetriebs eine fachliche Nutzervertretung und Projektkoordination durch die Feuerwehr erforderlich ist. Zudem ist angedacht, dass der jew. Stelleninhaber künftig die zentrale Nutzervertretung der Berufsfeuerwehr ggü. der HvE wird. Die Feuerwehr beantragt, die Stellen Nr. 370.0061 und 370.0062 zu entfristen.
Aufgrund der aktuell angespannten Haushaltslage ist allerdings derzeit unklar, welche neuen Bau- und Sanierungsvorhaben in den nächsten Jahren angegangen werden können. Gleichzeitig gibt es bei der angedachten Übernahme von hausverwaltenden Tätigkeiten durch die neu zu organisierende HVE noch umfangreichen Abstimmungsbedarf. Daher wird zunächst eine befristete Verlängerung der Stellen bis 31.12.2028 empfohlen. Es kann dann der notwendige Personalbedarf erneut geprüft werden.

370.0061	0,50	Sachbearbeiter/in	A 11	F 12.26	F 12.28
370.0062	0,50	Sachbearbeiter/in	A 11	F 12.26	F 12.28

Hochbauamt

Die Stelle wurde aufgrund eines investitionsbedingten Mehrbedarfs im Bereich Schule und Bildung mit einem Fristvermerk geschaffen, da die Entwicklung des Bauvolumens seinerzeit noch nicht abschließend beurteilt werden konnte. Nachdem sich die Annahme eines rückläufigen Bauvolumens nicht bestätigt hat und der zugrunde liegende Aufgabenbedarf dauerhaft fortbesteht, wird die Entfristung der Stelle aus organisatorischer Sicht befürwortet.

640.1112	1,00	SACHBEARBEITER/IN, STV. GRL.	E 9c	F 12.26	unbefristet

Die Stellen wurde zur Umsetzung der IT Strategie "Lernen und Lehren im digitalen Zeitalter" geschaffen. Die aktuelle Fortschreibung des Mittelfristigen Investitionsplans enthält Planansätze bis einschließlich 2030. Der endgültige Beschluss über den fortgeschriebenen MIP steht im Rahmen der Haushaltsberatungen noch aus. Unter der Voraussetzung, dass die MIP Planung bis einschließlich 2030 beschlossen wird, werden die beantragten Fristverlängerungen bis 31.12.2030 aus organisationsfachlicher Sicht befürwortet

640.1120	1,00	SACHBEARBEITER/IN VERWALTUNG	A 9/A 10	F 12.26	F 12.30
640.1125	0,50	SACHBEARBEITER/IN VERW.	E 9a	F 12.26	F 12.30
640.7030	1,00	TECHN. ZEICHNER/IN, PROJEKTASSISTENZ	E 6	F 12.26	F 12.30
640.7310	1,00	SACHGEBIETSLEITER/IN, ELEKTROINGENIEUR/IN	A 13	F 12.26	F 12.30
640.7315	1,00	ELEKTROINGENIEUR/IN	A 12	F 12.26	F 12.30
640.7320	1,00	ELEKTROINGENIEUR/IN	E 11	F 12.26	F 12.30
640.7325	1,00	ELEKTROINGENIEUR/IN	E 11	F 12.26	F 12.30
640.7335	1,00	ELEKTROINGENIEUR/IN	E 10	F 12.26	F 12.30
640.7340	1,00	TECHNIKER/IN ELEKTRO	E 9b	F 12.26	F 12.30
640.7345	1,00	TECHNIKER/IN ELEKTRO	E 9b	F 12.26	F 12.30

Stellen-Nr.	TB	Funktionsbezeichnung *Erläuterung*	Entgelt-/ Besoldungs-gruppe	bisheriger Fristvermerk	Änderung

Geschäftsbereich Referat I

Personalamt

Die dargestellte Arbeitsbelastung im Recruiting wird anerkannt. Eine Entfristung der Stellen kann derzeit jedoch nicht befürwortet werden, da die mit der Befristung verfolgte Überprüfung möglicher Optimierungspotenziale noch nicht abgeschlossen ist. Insbesondere die im Jahr 2025 eingeführte ePersonalakte wird bislang noch nicht in einem Umfang genutzt, der eine belastbare Bewertung ihrer Auswirkungen auf den Personalbedarf zulässt. Darüber hinaus sind die im Rahmen der Prozessanalyse des Stellenbesetzungsprozesses aus dem Jahr 2023 identifizierten Optimierungspotenziale durch das Personalamt vollständig umzusetzen und auszuschöpfen. Erst auf dieser Grundlage kann der dauerhafte Personalbedarf abschließend beurteilt werden. Zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung wird daher eine Verlängerung der Befristung bis 12/2028 befürwortet.

120.2170	1,00	Sachbearbeiter/ in Typ 2	E 9b	F 12.26	F 12.28
120.2365	1,00	Sachbearbeiter/ in Typ 2	E 9b	F 12.26	F 12.28

Die Bedeutung der zusätzlichen Ausbildungskapazität im Zusammenhang mit der Ausbildungsoffensive wird anerkannt. Eine abschließende Entscheidung über einen dauerhaften Personalbedarf ist derzeit jedoch noch nicht angezeigt, da zunächst die Auswirkungen der erhöhten Einstellungszahlen sowie die zukünftige Ausrichtung des Ausbildungsangebots zu bewerten sind. Um die Ausbildungsoffensive verlässlich fortführen und auf einer belastbaren Grundlage über deren dauerhafte Ausgestaltung entscheiden zu können, wird eine Verlängerung der Befristung der Stelle bis 12/2029 befürwortet. Bis dahin soll über den künftigen Umfang des Ausbildungsangebots und den daraus resultierenden dauerhaften Personalbedarf entschieden werden. Da die Stelle erstmalig im Juli 2026 besetzt werden konnte, wird ausnahmsweise die vorzeitige Verlängerung der bis 12.2027 befristeten Stelle vorgeschlagen

120.1241	1,00	Ausbilder/in	A 10	F 12.27	F 12.29

Amt für Migration und Integration

Die Stellen wurden vor dem Hintergrund des zum 27.06.2024 in Kraft getretenen Gesetzes zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (StARModG), das eine Vereinfachung des Einbürgerungsverfahrens vorsieht, sowie des hierdurch erwarteten Anstiegs der Antragszahlen und des Bearbeitungsaufwands befristet geschaffen. Der erwartete Anstieg der Antragszahlen ist nach Inkrafttreten der gesetzlichen Änderungen eingetreten und liegt trotz zuletzt rückläufiger Entwicklung weiterhin über dem Niveau vor der Gesetzesänderung. Die Auswirkungen der gesetzlichen Änderungen zeigen sich zudem in einer anhaltend hohen Arbeitsbelastung der Einbürgerungsbehörde. Neben erheblichen Bearbeitungsrückständen führen insbesondere zusätzliche Prüfanforderungen im Zusammenhang mit Loyalitätserklärungen, Sicherheitsbefragungen, der Prüfung von Sprachzertifikaten sowie der Lebensunterhaltssicherung zu einem erhöhten Bearbeitungsaufwand.

Die zur Verlängerung beantragten Stellen sind für die weitere Wahrnehmung der Aufgaben im bisherigen Umfang erforderlich. Aufgrund der weiterhin bestehenden Bearbeitungsrückstände, des erhöhten Arbeitsaufkommens sowie der gestiegenen Qualitätsanforderungen wird empfohlen, die sechs Vollzeitkapazitäten zunächst bis zum 31.12.2028 weiter zu befristen. Die teilweise erst Anfang 2026 erfolgte Besetzung der Stellen ermöglicht zudem bislang noch keine abschließende Bewertung der Wirksamkeit der geschaffenen Personalkapazitäten. Eine weitere, ebenfalls zum Haushalt 2025 befristet geschaffene und derzeit noch mit einem Sperrvermerk versehene Stelle, wird aufgrund der aktuellen Entwicklung der Fallzahlen nicht über den 31.12.2026 hinaus verlängert.

335.4018	1,00	Sachbearbeiter/in	E9b	F 12.26	F 12.28
335.4019	1,00	Sachbearbeiter/in	E9b	F 12.26	F 12.28
335.4027	1,00	Sachbearbeiter/in	E9b	F 12.26	F 12.28
335.4028	1,00	Sachbearbeiter/in	E9b	F 12.26	F 12.28
335.4036	1,00	Sachbearbeiter/in	E9b	F 12.26	F 12.28
335.4037	1,00	Sachbearbeiter/in	E8	F 12.26	F 12.28

Stellen-Nr.	TB	Funktionsbezeichnung *Erläuterung*	Entgelt-/ Besoldungs-gruppe	bisheriger Fristvermerk	Änderung

Geschäftsbereich Referat III

Referat für Umwelt und Gesundheit

Die durch das Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern (ALE) geförderte Öko-Modellregion Nürnberg, Nürnberger Land, Roth stärkt seit 2015 die gesamte Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Teller und verbindet eine Großstadt mit zwei Landkreisen. In der aktuellen Förderphase wurden Umstellungsberatungen, Vernetzungsformate und zahlreiche Kleinprojekte umgesetzt. Das Projekt soll nun bis 2029 verlängert werden. Ab 2027 soll sich die Ökomodellregion auf drei Schwerpunkte konzentrieren: moderne Direktvermarktung unter dem Titel Stadt.Land.Genuss, mehr Bio-Angebote auf Märkten und Großveranstaltungen sowie den Ausbau von Bildungsstrukturen. Ergänzend bleiben Beratung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit zentrale Aufgaben.

In der Sitzung des Umweltausschusses vom 29.04.2026 wurde der Wirkungsbericht für die Jahre 2022–2026 vorgestellt und über den Projektverlauf berichtet. Der Umweltausschuss hat die Projektverlängerung einstimmig befürwortet.

Die Öko-Modellregion besteht personell aus 1,0 VK für das Projektmanagement, das bei der Stadt Nürnberg verortet ist. Das ALE fördert die Öko-Modellregion mit einem Zuschuss in Höhe von 20 % der Personalkosten. Die verbleibenden 80 % der Personalkosten werden zu gleichen Teilen von den drei Partnern Nürnberg, Roth und Nürnberger Land getragen. Darüber hinaus können im Rahmen des Projekts Fördermittel in Höhe von insgesamt 50.000 EUR für Kleinprojekte ausgereicht werden. Davon übernimmt das ALE 45.000 EUR; die verbleibenden 5.000 EUR werden zu gleichen Teilen auf die drei Partner verteilt. Auch die anfallenden Sachmittelkosten werden abzüglich der jeweiligen Förderung zu gleichen Teilen von den Partnern getragen. Die Förderzusage des ALE steht noch aus. Die Beteiligungszusagen der beiden Partner liegen gemäß Ref. III jedoch bereits vor.

Der Eigenanteil der Stadt Nürnberg beträgt pro Jahr, unter Berücksichtigung eventueller Personalkostensteigerungen, ca. 30.000 EUR zzgl. 4.000 EUR an Sachmitteln und ca. 1.667EUR an ausgereichten Zuschüssen. Über die Laufzeit von 3 Jahren entspricht das Kosten in Höhe von ca. 107.001 EUR. Soweit die Fortführung des Projektes, welches eine freiwillige Leistung darstellt, politischer Konsens ist, ist die Verlängerung der Befristung an der Stelle des Projektmanagers bis 12.2029 erforderlich.

030.0330	1,00	Projektmanager/in Öko-Modellregion	E 11	F 12.26	F 12.29

Gesundheitsamt

Zum Haushalt 2022 wurden 25,5 VK ÖGD-Pakt-Stellen befristet bis zum 31.12.2026 geschaffen. Die Finanzierung erfolgt zu zwei Dritteln über das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP). Eine Anschlussfinanzierung ist für diese Stellen nach aktuellem Stand nicht vorgesehen. Die ÖGD-Pakt-Stellen wurden, entsprechend den bundesweiten Zielen des ÖGD-Pakts, vor allem in den Bereichen Gesundheitsförderung, -planung, und -berichterstattung sowie Verwaltung, Digitalisierung und Change Management angesiedelt. Die Stellen werden teilweise für Leitungspositionen und Schlüsselaufgaben eingesetzt. Ein Wegfall aller befristeten ÖGD-Pakt-Stellen zum Jahresende würde die Funktionsfähigkeit des Gesundheitsamtes erheblich schwächen, da auf ihnen zentrale Aufgaben wahrgenommen werden. In der seit September 2025 laufenden Organisationsuntersuchung konnten zentrale strukturelle, prozessuale und personelle Fragestellungen noch nicht abschließend bewertet werden. Gerade die noch ausstehenden Arbeitspakete – insbesondere die vertiefte Aufgabenkritik, die organisatorische Neuausrichtung sowie die Personalbemessungen – sind entscheidend für eine belastbare Gesamtbewertung der künftigen Struktur des Amtes. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, 18 VK der 25,5 VK bis 31.12.2027 zu verlängern.

530.0710	0,50	Wiss. Sachbearbeiter/In	E 14	F 12.26	F 12.27
530.0720	1,00	Wiss. Sachbearbeiter/In	E 13	F 12.26	F 12.27
530.0730	1,00	Verwaltungskraft	E 6	F 12.26	F 12.27
530.0740	1,00	Wiss. Sachbearbeiter/In, SGL	E 13	F 12.26	F 12.27
530.0770	1,00	Sozialpädagoge/In Mulin	S 11b	F 12.26	F 12.27
530.0790	0,50	Ärztin/Arzt, Leiter/in	E15	F 12.26	F 12.27
530.0800	1,00	Sachbearbeiter/In Pflege	E 9c	F 12.26	F 12.27
530.0810	1,00	Wiss. Sachbearbeiter/In	E 13	F 12.26	F 12.27
530.0820	1,00	Verwaltungsfachkraft	E 7	F 12.26	F 12.27
530.0830	1,00	Sozialpädagoge/In	S 11b	F 12.26	F 12.27
530.0841	0,50	Verwaltungsfachkraft-kb	E 7	F 12.26	F 12.27
530.0850	0,25	Verwaltungsfachkraft	E 7	F 12.26	F 12.27

Stellen-Nr.	TB	Funktionsbezeichnung *Erläuterung*	Entgelt-/ Besoldungs-gruppe	bisheriger Fristvermerk	Änderung
530.0851	0,75	Verwaltungsfachkraft-kb	E 7	F 12.26	F 12.27
530.0860	1,00	Verwaltungsfachkraft-kb	E 7	F 12.26	F 12.27
530.0870	1,00	Leiter/in BeSoGef	E 14	F 12.26	F 12.27
530.0880	1,00	Sachbearb. Change Management	E 9c	F 12.26	F 12.27
530.0890	1,00	Sachbearbeiter/In	E 9b	F 12.26	F 12.27
530.0900	1,00	Sachbearbeiter/In	E 9a	F 12.26	F 12.27
530.0910	0,50	Psychiatriekoordinator/In Kinder und Jugend	E 13	F 12.26	F 12.27
530.7050	1,00	Sachbearbeiter/In Controlling	A 10	F 12.26	F 12.27
530.8030	1,00	IT-Sachbearbeiter/In	E 11	F 12.26	F 12.27

Friedhofsverwaltung

Die Stelle Nr. 740.0015 wurde zum Haushalt 2023 geschaffen. Die Trennung von gewerblichen und hoheitlichen Leistungen bei der Friedhofsverwaltung ist jedoch noch nicht vollständig abgeschlossen. Im Rahmen einer dauerhaften, aktiven Organisationsentwicklung müssen zudem die Zuständigkeiten, Befugnisse und die Delegation von Verantwortung neu konzeptioniert werden.
Die weiterhin anstehenden Großprojekte wie „Neubeschaffung und Implementierung Software Bestatter und Krematorium", „Konzept für eine moderne Bestattungskultur", „Beschwerdemanagement" und „Reinigungsleistungen Frh" sowie zahlreiche, im Rahmen der Digitalisierungsbestrebungen anstehende kleinere und mittelgroße Projekte müssen ebenfalls zentral betreut werden.
Es wird vorgeschlagen, die Stelle Nr. 740.0015 bis Ende 2027 zu verlängern, die Stelle erhält den neuen Fristvermerk F 12.27.

740.0015	0,50	Persönliche/r Mitarbeiter/in	E 10	F 12.26	F 12.27

Geschäftsbereich Referat IV

Referat für Bildung

Die Komplexität von Baumaßnahmen insbesondere bei Sanierungs- und Erweiterungsfällen sowie die Anzahl der beschlossenen MIP-Maßnahmen erfordern die unbefristete Bereitstellung der Stelle der Sachgebietsleitung "Baukoordination und -controlling" sowie der letzten noch befristeten Sachbearbeiterstelle. Die Aufgaben des Sachgebiets sind dabei nicht nur durch die aktuelle Maßnahmenplanung, sondern dauerhaft durch die zentrale Koordinations- und Controllingfunktion für die Vielzahl und Komplexität der Baumaßnahmen geprägt. Eine dauerhafte Aufgabenwahrnehmung ist daher über den derzeitigen Befristungszeitraum hinaus erforderlich.

04001110	1,00	Sachgebietsleiter/in	A 13/A 14	F 12.26	unbefristet
04001125	1,00	Sachbearbeiter/in	E 9c	F 12.26	unbefristet

Im Bildungsbüro werden drittmittelfinanzierte Projekte durchgeführt, für die in vergangenen Schaffungsverfahren Kapazitäten zur Verfügung gestellt wurden.
Das Projekt "Bildungskommune" wurde bis 30.06.2029 verlängert, ein Förderbescheid für die erste Projektphase liegt vor, der Verlängerungsbescheid ist noch ausstehend.
Das Projekt "Nürnberg forscht 2 - Citizen Science im Stadtteil" hat eine Laufzeit von 01.01.26 bis 31.12.2028 und wird durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) 2021-2027 der Europäischen Union gefördert.
Das Projekt "Digital dabAI" ist Nachfolgeprojekt des Projekts "Digi IQ". Das Projekt läuft vom 01.10.2026 bis 30.06.2029. Der Förderbescheid wird im Herbst 2026 erwartet. Soweit zum 01.10.2026 noch kein Förderbescheid vorliegt, wird ab diesem Zeitpunkt vorsorglich ein Sperrvermerk angebracht.
Unter Voraussetzung einer vollständigen Projektfinanzierung wird die Verlängerung der Befristungen für die genannten Projekte für die jeweilige Laufzeit befürwortet.

040.0141	1,00	Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	E 13	F 12.26	F 06.29
040.0142	0,77	Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	E 13	F 12.26	F 06.29
040.0143	0,50	Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	E 13	F 12.26	F 12.28
040.0145	1,00	Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	E 13	F 06.27	F 06.29
040.0149	0,50	Wissenschaftlicher/r Mitarbeiter/in	E 13	F 06.27	F 06.29

Stellen-Nr.	TB	Funktionsbezeichnung *Erläuterung*	Entgelt-/ Besoldungs-gruppe	bisheriger Fristvermerk	Änderung
040.0150	0,50	Projektassistenz	E 8	F 06.27	F 12.28

Bei ZD wurden zum HH 2018 2,0 VK eigens für die Umsetzung des Projekts "IT-Infrastruktur an Schulen" befristet geschaffen. Da die Beschaffung zwischenzeitlich vornehmlich über Einkaufsgenossenschaften (BayKIT, ProVitako) erfolgt und die fachlichen Vorarbeiten dazu bei Ref. IV/IT zu leisten sind, wurde eine dieser Stellen mit Wirkung zum 01.08.2026 zu Ref. IV/IT umgehängt. Der Bedarf besteht aufgrund der Verstetigung der Schul-IT dauerhaft, insbesondere für den Austausch von Geräten sowie die Anpassung der Technik an den technologischen Wandel.
Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, die Stelle Nr. 040.01345 zu entfristen. Durch die Zuordnung zu Ref. IV/IT und die stärker technologisch-fachliche Ausrichtung ist die Stelle voraussichtlich im Rahmen des angekündigten 4-Säulen-Modells berücksichtigungsfähig ab 2027 und somit aus Sicht von Ref.IV gegenfinanziert.

04001345	1,00	Facheinkäufer/in Netzwerkbetrieb	E 9b	F 12.26	unbefristet

Amt für Berufliche Schulen

Die Stelle Nr. 402.0800 betreut dienststellenspezifische DV-Anwendungen (Lehrkräfteverwaltung, Heimrestkostenabrechnung , Gastschulbeitragswesen) und bildet eine Stütze für die weitere Digitalisierung des Amtes. Es handelt sich hierbei um Daueraufgaben, die den laufenden Verwaltungsbetrieb und den Gesetzesvollzug maßgeblich unterstützen. Die ursprünglich vorgesehene Befristung zur Prüfung der anhaltenden Auslastung der Stelle kann daher entfallen, der dauerhafte Bedarf der Stellenkapazität wurde evaluiert und kann bestätigt werden. Die Entfristung der Stelle wird daher vorgeschlagen.

402.0800	0,50	Fachinformatiker/in	E 8	F 12.26	unbefristet

Geschäftsbereich Referat V

Referat für Jugend, Familie, Senioren und Soziales

Die Stadt Nürnberg bleibt aufgrund einer Bevölkerung mit 51,6 % an Bürger/-innen mit Zuwanderungsgeschichte derzeit auf Integrations- und Unterstützungsstrukturen angewiesen. Auch wenn explizit die Ukrainekrise aktuell nicht mehr als Begründung seitens der Dienststelle angebracht wird, bleibt darüber hinaus ein Bedarf an Begleitung, Beratung und Koordination noch begründet. Die Die Stellen 050.1060 (0,5 VK) und die Stelle 050.1070 (0,5 VK) werden weiterhin befürwortet: Ehrenamtliche tragen einen Großteil der Integrationsarbeit, und benötigen dazu derzeit noch kontinuierliche fachliche Begleitung, zudem sind die hauptamtlichen Strukturen weiter stark ausgelastet und können diese Aufgaben aktuell nicht auffangen.
Die Stellen 050.1060 und 050.1070 erhalten zunächst einen Stellenvermerk X (Sperr) bis zur abschließenden Klärung der Finanzierung; außerdem erhalten sie einen Stellenvermerk Z (Zuschuss), sowie den Fristvermerk (F 12.27).

050.1060	0,50	Integrationslotse/in	E 10	F 12.26	F 12.27
050.1070	0,50	Integrationslotse/in	E 10	F 12.26	F 12.27

Damit die Integration derjenigen Zugewanderten, die mittel - und langfristig in Bayern und Nürnberg bleibeberechtigt sind, gelingen kann, müssen reibungslose Zugänge zu Angeboten und Strukturen gewährleistet werden. Durch die Zentrale Anlaufstelle Migration (ZAM) werden Regelangebote sowie Angebote für Neuzugewanderte direkt vorgehalten und andererseits eine Lotsenfunktion für spezifischere Beratungsangebote und Integrationsmaßnahmen als Erstanlaufstelle übernommen. Die Finanzierung soll weiterhin durch die Regierung von Mittelfranken im Rahmen der Integrations-und Beratungsrichtlinie erfolgen. Die Verlängerung der für den Betrieb notwendigen Stellen Nr. 050.1058 und 050.1059 bis 12.27 wird unter dem Vorbehalt der Finanzierung durch die Regierung von Mittelfranken empfohlen. Sie erhalten den Sperrvermerk X bis zum Nachweis der Finanzierung, der bereits angebrachte Stellenvermerk Z (Zuschuss) hat weiterhin Bestand.

050.1058	1,00	Sozialpädagoge/in	S 11b	F 12.26	F 12.27
050.1059	1,00	Koordinator/in ZAM Beratung	E 10	F 12.26	F 12.27

Stellen-Nr.	TB	Funktionsbezeichnung *Erläuterung*	Entgelt-/ Besoldungs-gruppe	bisheriger Fristvermerk	Änderung

Die Kapazität von 2,0 VK für die Engagementförderung wird genutzt , um Projekte, Netzwerke und neue Einstiegsformate für das Bürgerschaftliche Engagement kontinuierlich weiterzuführen und auszubauen. Gleichzeitig wird die Vereins- und Engagementlandschaft Nürnbergs als tragende Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts nachhaltig unterstützt und entwickelt. Die Dauerhaftigkeit des Personalbedarfs ist aber noch nicht belastbar bewertbar. Die Finanzierung soll zudem weiterhin ausschließlich aus Drittmitteln erfolgen.
Die Verlängerung der Stellen Nr. 050.0017 und 050.0018 bis 12.27 wird empfohlen. Sie erhalten den Sperrvermerk X bis zum Nachweis der Finanzierung, die bereits angebrachten Stellenvermerke Z (Zuschuss) haben weiterhin Bestand.

050.0017	1,00	Sozialpädagoge/in	S 11b	F 12.26	F 12.27
050.0018	1,00	Sozialpädagoge/in	S 11b	F 12.26	F 12.27

Amt für Existenzsicherung und Soziale Integration

Die Gesamtzahl der Nürnberg-Pass-Inhaber/innen, insb. unter den Leistungsbeziehenden von Wohngeld und Kinderzuschlag (beide Leistungen können parallel bezogen werden) ist gestiegen.

Auch die in Anspruch genommenen Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) haben sich insgesamt deutlich erhöht und in Richtung von Wohngeld/Kinderzuschlag-Beziehenden verschoben. Die Einführung des Deutschland - Tickets macht sich ebenfalls bei der Antragstellung des Nürnberg-Passes bemerkbar, die Sperre der Abonnements und Beitreibung der Zahungsrückstände verursacht erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand. Das Gleiche gilt für die deutlich aufwändigere Prüfung von Zuschussanträgen zum Mittagessen für Kita-Gebührenbefreite auf vorrangige BuT-Leistungen, was nachgewiesenermaßen zu erheblichen Einsparungen zugunsten der Stadt Nürnberg führt.

Die Fristverlängerung wird befürwortet und ist aus organisatorischer Sicht nachvollziehbar. An den Stellen wird ein Fristvermerk F 12.28 angebracht. Künftig ist eine Verlängerung unter Berücksichtigung der bundespolitisch angekündigten Sozialstaatsreform und der freiwilligen städtischen Leistungen (z.B. Sozialticket) zu beurteilen.

500.1340	1,00	Verwaltungsfachkraft	E 7	F 12.26	F 12.28
500.1342	0,50	Verwaltungsfachkraft	E 7	F 12.26	F 12.28
500.1361	1,00	Verwaltungsfachkraft	E 7	F 12.26	F 12.28

Amt für Kinder, Jugendliche und Familien

Im Rahmen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) ist das Jugendamt verpflichtet, innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach Beendigung der stationären Hilfe für junge Selbständige bei der Verselbstständigung im notwendigen Umfang und in geeigneter Form zu beraten und zu unterstützen. Dies beinhaltet neben der Kontaktaufnahme durch die jungen Volljährigen selbst auch eine (anlasslose) Kontaktaufnahme zu den jungen Volljährigen durch diese Stelle in regelmäßigen Abständen (§ 41a SGB VIII „Nachbetreuung"). Demnach haben alle jungen Volljährigen, die eine Hilfe nach § 1 SGB VIII erhalten haben, einen Rechtsanspruch auf Nachbetreuung, unabhängig der Art der Hilfe nach § 41 SGB VIII.

Die Stelle Nr. 520.5270 wurde zum Haushalt 2024 vorerst befristet geschaffen. Die steigenden Fallzahlen bestätigen, dass das neue Leistungsangebot der Nachbetreuung angenommen wird. Als weiterhin dauerhafte Aufgabe wird die Entfristung vorgeschlagen.

520.5270	0,70	Sozialpädagoge/in	S 12	F 12.26	unbefristet

Stellen-Nr.	TB	Funktionsbezeichnung *Erläuterung*	Entgelt-/ Besoldungs-gruppe	bisheriger Fristvermerk	Änderung

Der Freistaat Bayern gewährt in Ergänzung zur Förderung nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) einen Bonus für zusätzlichen Personaleinsatz (Personalbonus). Der Personalbonus wird auf der Grundlage des mit dem Bund geschlossenen Vertrags zur Umsetzung des KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetzes (KiQuTG) nach Maßgabe dieser Richtlinie und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Freistaats Bayern als freiwillige Leistung ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gewährt.
Es wurde seitens des Jugendamts in Abstimmung mit Stk und DiP eine Fortführung unter den geänderten Förderbedingungen für 5,0 VK Verwaltungskräfte und 11,38 VK Kinderpfleger/innen entwickelt und im POA beschlossen.
Die Richtlinie tritt mit Ablauf des 31.12.2026 außer Kraft.

Der Bayerische Landtag hat die Reform des BayKiBiG am 22.07.2026 beschlossen. Das Gesetz tritt zum 01.01.2027 in Kraft. Anstelle der bisherigen Förderung "Personal- und Verwaltungsbonus" sieht das Gesetz künftig eine pauschale Förderung von sogenannten Teamkräften vor.
Für die insg. 5,0 VK Verwaltungskräfte (Stellen Nr. 520.1401-520.1405) wurde eine dauerhafte Deckung über die neue Teamkräftepauschale bestätigt. Eine unbefristete Fortführung wird empfohlen.
Eine Förderung für pädagogische Fach- und Hilfskräfte wird in der Form nicht fortgeführt. Das Jugendamt beabsichtigt ein Konzept zu erarbeiten, in dem eine Umwandlung in geförderte Hauswirtschaft- oder Verwaltungskräfte beschrieben wird. Vor diesem Hintergrund können die insg. 11,38 VK Kinderpfleger/innen (Stellen Nr. 520.1010-520.1021), unter Vorbehalt der Konzepterstellung und geplanten Umwandlung, um ein Jahr verlängert werden. Eine Besetzung der 11,38 VK mit pädagogischen Kräften ist ab 1.1.2027 nicht mehr möglich. Die Stellen werden bis zum Beschluss der Konzeptumsetzung gesperrt.

520.1010	1,00	Kinderpfleger/in	S 3	F 12.26	F 12.27
520.1011	1,00	Kinderpfleger/in	S 3	F 12.26	F 12.27
520.1012	1,00	Kinderpfleger/in	S 3	F 12.26	F 12.27
520.1013	1,00	Kinderpfleger/in	S 3	F 12.26	F 12.27
520.1014	1,00	Kinderpfleger/in	S 3	F 12.26	F 12.27
520.1015	1,00	Kinderpfleger/in	S 3	F 12.26	F 12.27
520.1016	1,00	Kinderpfleger/in	S 3	F 12.26	F 12.27
520.1017	1,00	Kinderpfleger/in	S 3	F 12.26	F 12.27
520.1018	1,00	Kinderpfleger/in	S 3	F 12.26	F 12.27
520.1019	1,00	Kinderpfleger/in	S 3	F 12.26	F 12.27
520.1020	1,00	Kinderpfleger/in	S 3	F 12.26	F 12.27
520.1021	0,38	Kinderpfleger/in	S 3	F 12.26	F 12.27
520.1401	1,00	Verwaltungskraft	E 5	F 12.26	unbefristet
520.1402	1,00	Verwaltungskraft	E 5	F 12.26	unbefristet
520.1403	1,00	Verwaltungskraft	E 5	F 12.26	unbefristet
520.1404	1,00	Verwaltungskraft	E 5	F 12.26	unbefristet
520.1405	1,00	Verwaltungskraft	E 5	F 12.26	unbefristet

Der Modellversuch „Pädagogische Qualitätsbegleitung“ des Freistaats Bayern war ursprünglich bis zum 31.12.2022 befristet. Eine Weiterführung erfolgte anschließend im Rahmen einer befristeten Förderung. Mit der Zuwendung soll der Einsatz einer Pädagogischen Qualitätsbegleitung (PQB) in öffentlich geförderten Kindertageseinrichtungen sowie in öffentlich geförderten (Groß-)Tagespflegestellen ermöglicht werden.
Die Richtlinie zur Förderung der PQB-Stellen wurde für den Zeitraum 1.1.2023 bis 31.12.2026 bekannt gegeben.
Aktuell sind die Stellenanteile bis 31.12.2026 befristet genehmigt. Das Jugendamt beantragt nun die Entfristung der Stellenanteile.

Der Bayerische Landtag hat die Reform des BayKiBiG am 22.07.2026 beschlossen. Das Gesetz tritt zum 01.01.2027 in Kraft. Die bisherigen Förderrichtlinien werden in das BayKiBiG überführt.
Die Stellen Nr. 520.0551 und 520.0552 betreuen städtische Einrichtungen, die Stelle Nr. 520.6146 betreut Einrichtungen freier Träger. Seitens Stk wurde eine vollständige Deckung auf Basis der neuen Funktionsstellenpauschale bis 2030 bestätigt. Vor diesem Hintergrund wird, entgegen der Beantragung, eine Fristverlängerung bis Ende 2030 vorgeschlagen.
Falls aufgrund der neuen BayKiBiG-Finanzierungsbedingungen keine vollständige Deckung möglich ist, erfolgt unterjährig eine Anpassung der Kapazitäten.

Stellen-Nr.	TB	Funktionsbezeichnung *Erläuterung*	Entgelt-/ Besoldungs-gruppe	bisheriger Fristvermerk	Änderung
520.0551	1,00	Qualitätsbegleiter/in	S 15	F 12.26	F 12.30
520.0552	0,67	Qualitätsbegleiter/in	S 15	F 12.26	F 12.30
520.6146	0,83	Qualitätsbegleiter/in	S 15	F 12.26	F 12.30

Geschäftsbereich Referat VII

Liegenschaftsamt

Die Stadt Nürnberg verfolgt weiterhin das gesetzliche Ziel, ausreichend Kindertagesbetreuungsplätze zu schaffen und zu sichern. Angestrebt werden Plätze für 48 % der U3-Kinder, alle Kinder ab 3 Jahren sowie 90 % der Grundschulkinder. Diese Ziele sind noch nicht erreicht, weshalb der Ausbau trotz schwieriger Bau- und Krisenlage konsequent weitergeführt und flexibel angepasst werden muss. Gleichzeitig besteht ein hoher Sanierungsbedarf in vielen Einrichtungen, der häufig nur durch Ersatzneubauten, Erweiterungen oder Generalsanierungen lösbar ist. Da viele freie Träger sinkende Investitionsmittel haben, braucht es verstärkte Beratung und Begleitung, um Schließungen zu vermeiden. Zudem fällt in den nächsten 10 Jahren ein hoher Anteil von Kindertageseinrichtungen aus der 25-jährigen Zweckbindung (über 200 Einrichtungen in freier Trägerschaft).

Das DLZ Kita-Asbau ist ein zentrales verwaltungsinternes Netzwerk, welches durch die Stelle im Liegenschaftsamt unterstützt wird.

Die Stelle Nr. 230.3635 bei LA unterstützt das Jugendamt intensiv bei Standortsuchen und Objektprüfungen und übernimmt in Folge die Aufgaben der zunehmend komplexen Mietvertragsverhandlungen, Vertragsverwaltungen, Abstimmung bei notwendigen Sanierungen unter Berücksichtigung von Baukostenzuschüssen und auch Rückabwicklung von Vertragsverhältnissen.

Auf Basis vorliegenden Informationen kann eine Fristverlängerung bis 12.2030 befürwortet werden.

230.3635	0,50	Sachbearbeiter/in	E 10	F 12.26	F 12.30

Die Verlängerung der Stelle „Projektmanager/in Sonderprojekt" für das Kaufhofprojekt wird bis zum 31.12.2028 beantragt. Das Projekt weist eine hohe Komplexität und strategische Bedeutung auf und erfordert eine durchgängige zentrale Steuerung. Der geplante Verkaufsprozess 2027 sowie der Vertragsvollzug 2028 machen eine kontinuierliche Leitung erforderlich, um Verzögerungen und Verhandlungsnachteile zu vermeiden. Auch die Zwischennutzungen benötigen bis mindestens 2028 eine fortlaufende organisatorische Betreuung. Für die Sicherstellung der stadtentwicklungspolitischen Ziele beim Eigentümerwechsel 2028 ist eine durchgängige Projektbegleitung erforderlich.

Daher wird die Verlängerung der Projektstelle bis zum 31.12.2028 organisatorisch empfohlen.

230.2350	1,00	Projektmanager/in Sonderprojekt	E 13	F 12.26	F 12.28

Nürnberger Märkte

Die Stelle Nr. 720.1025 bei ML ist für die Abwicklung, Koordinierung und Steuerung der laufenden Sanierungsmaßnahmen am Volksfestplatz zuständig. Aufgrund weiterhin bestehender baulicher Mängel sowie neuer Herausforderungen im Bereich der Trinkwasserversorgung ist ein Abschluss der Maßnahmen derzeit nicht absehbar. Insbesondere müssen die Ursachen der seit 2025 aufgetretenen Verkeimung des Trinkwassers geklärt und daraus resultierende technische, bauliche und organisatorische Maßnahmen umgesetzt werden. Darüber hinaus besteht erheblicher Sanierungsbedarf bei der Stromversorgung, den Trafostationen und weiteren infrastrukturellen Einrichtungen des dem Betriebsvermögen von ML zugeordneten Volksfestplatzes. Zusätzliche Aufgaben ergeben sich aus dem Umbau der Infrastruktur für das Interim Opernhaus sowie weiteren Instandhaltungs- und Verkehrssicherungsmaßnahmen. Eine Verlängerung der Stellenbefristung um weitere zwei Jahre bis 12.2028 wird daher vorgeschlagen. Für die Wahrnehmung von dauerhaft anfallenden Aufgaben wäre eine Stellenumwidmung aus unbefristeten Stellenkapazitäten erforderlich.

720.1025	0,50	Sachbearbeiter/in	E 9b	F 12.26	F 12.28

Stellen-Nr.	TB	Funktionsbezeichnung *Erläuterung*	Entgelt-/ Besoldungs-gruppe	bisheriger Fristvermerk	Änderung

Geschäftsbereich Eigenbetriebe

Nürnberg Stift

Die Stelle im Bereich Controlling ist für die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Haushaltssteuerung sowie für die kontinuierliche Weiterentwicklung interner Steuerungs- und Berichtsinstrumente des Eigenbetriebes NürnbergStift weiterhin erforderlich.

Im Zuge der laufenden Organisationsentwicklung wurden bereits Maßnahmen zur Optimierung von Prozessen und Strukturen angestoßen. Ein abschließendes Zielbild sowie eine nachhaltige organisatorische Verankerung der Aufgaben sind jedoch noch nicht vollständig definiert. Insoweit besteht weiterhin Klärungs- und Abstimmungsbedarf hinsichtlich der zukünftigen Ausgestaltung und Einbindung der Controlling-Funktion. Die Stelle leistet hierbei einen wesentlichen Beitrag, indem sie die laufenden Veränderungsprozesse fachlich begleitet, notwendige Datengrundlagen bereitstellt und zur Entwicklung tragfähiger Steuerungsstrukturen beiträgt.

Vor diesem Hintergrund ist die Weiterbefristung der Stelle erforderlich, um den begonnenen Organisationsentwicklungsprozess weiterhin fundiert zu unterstützen und eine sachgerechte, zukunftsfähige Lösung zu erarbeiten.

81000413	1,00	Sachbearbeiter/in	E 11	F 12.26	F 12.27

Service Öffentlicher Raum

Die Bauzeit für die Realisierung des Projekts „Betriebszentrale SÖR Pferdemarkt“ ist derzeit bis zum Frühjahr 2027 angesetzt. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die Befristung der Bauprojektstellen zunächst bis Dezember 2027 zu verlängern. Dies berücksichtigt insbesondere auch die im Anschluss erforderliche ordnungsgemäße Endabrechnung der Baumaßnahme.

850.0051	1,00	Projektleiter/in	E 14	F 12.26	F 12.27
850.0054	1,00	Bauingenieur/in, stv. PL	E 12	F 12.26	F 12.27
850.0057	1,00	Bauingenieur/in	E 11	F 12.26	F 12.27

Mit der Schaffung der Planstelle zum HH 2022 in der Fachkoordination Straße war das strategische Ziel verbunden, Baumaßnahmen und alle Informationen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen, welche z.B. bei SÖR/1-S oder SÖR/2 ausgeführt werden, hinsichtlich der entstandenen Kosten in SAP zu überführen, im Dokumentenmanagementsystem zu dokumentieren und zu archivieren, im Geoinformationssystem grafisch darzustellen sowie vorhandene Basisdaten (Einleitstellen, Straßenaufbaudaten, Gewährleistungsfristen,…) inhaltlich und grafisch verankert darzustellen.

Einige der verfolgten strategischen Ziele konnten mittlerweile umgesetzt werden und tragen heute zum reibungslosen Ablauf von Prozessen, z.B. im Gewährleistungsmanagement und Bauunterhalt, bei. Zur vollständigen Umsetzung von dringend notwendigen Digitalisierungsmaßnahmen bedarf es jedoch einer Fristverlängerung der Planstelle bis 12.29.

850.3053	1,00	Bauingenieur/in	E 11	F 12.26	F 12.29

Die Fortführung des Projekts „Kreuzungsfreier Ausbau des Frankenschnellwegs“ wurde in dem kürzlich durchgeführten Bürgerentscheid bestätigt. Die Bauzeit ist auf etwa zehn Jahre ausgelegt. Die Öffentlichkeitsarbeit stellt einen wesentlichen Bestandteil dieses Bauvorhabens dar und ist für dessen erfolgreiche Umsetzung unverzichtbar. Die Projektstellen im Stellenplan von SÖR zum Frankenschnellweg wurden in den letzten Haushaltsjahren einheitlich zum 31.12.2030 befristet. Dies ist auch für die beiden Planstellen zur Öffentlichkeitsarbeit zwingend erforderlich. Abhängig vom tatsächlichen Baufortschritt ist im Haushaltsjahr 2030 der notwendige Personalbedarf für die Projektdurchführung in seiner Gesamtheit neu zu prüfen.

850.0041	1,00	SACHBEARBEITER/IN ÖFFENTLK.ARB.	E 13	F 12.27	F 12.30
850.0044	1,00	SACHBEARBEITER/IN ÖFFENTLK.ARB.	E 12	F 12.27	F 12.30